



Presse- mitteilung

PRESSESPRECHERIN	Iris Bethge
HAUSANSCHRIFT	Alexanderstraße 3, 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT	11018 Berlin
TEL	+49 (0)3018 555-1061/-1062
FAX	+49 (0)3018 555-1111
INTERNET	www.bmfsfj.de
E-MAIL	presse@bmfsfj.bund.de

Nr. 254 Berlin, 26. November 2007

Bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“ macht mobil gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Wettbewerb und Internetkarte geben Überblick über Engagement vor Ort

Die Bundesregierung, vertreten durch die **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen**, den **Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier** und die **Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer**, haben die Initiative „Orte der Vielfalt“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst viele Kommunen und Akteure der Zivilgesellschaft in ganz Deutschland dafür zu gewinnen, sich vor Ort für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren. Patinnen und Paten der Aktion sind unter anderem Vertreter der Frauen- und Männer- Nationalmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Weiteren Schub erfährt die Initiative durch die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften. Am Montag haben diese Verbände und Organisationen in Berlin dazu eine entsprechende Gemeinsame Erklärung abgegeben. Bereits ab heute steht Frau Steffi Jones, Präsidentin des Organisationskomitees der FIFA WM 2011, der Initiative als Patin zur Seite.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Die Erfahrung zeigt, dass wir für einen dauerhaft erfolgreichen Kampf gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zwei Standbeine brauchen: Das eine ist ein geschlossenes Vorgehen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene. Das zweite ist das Engagement und der Rückhalt der Verantwortlichen vor Ort. Junge Menschen sind weniger anfällig für rechtsextreme Parolen, wenn sich lokale Persönlichkeiten angesichts extremistischer Umtriebe nicht wegducken, sondern offen für die Werte unserer Demokratie eintreten. Das kann die ehrenamtliche Bürgermeisterin, der Unternehmer im Ort, der Feuerwehrchef oder auch der Trainer der Jugendfußballer sein. Ihre Stimmen wollen wir stärken und zugleich die vorhandenen Strukturen Millionen Engagierter in Deutschland verknüpfen mit der hohen Fach- und Beratungskompetenz der vom Bundesfamilienministerium geförderten Programme gegen Rechtsextremismus.“

Hierzu **der Parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier:** „Websites als interaktives Medium zur Ansprache, rechtsextremistische Bekleidungsstücke, Skinhead-Konzerte und Demonstrationen, die als Events mit Unterhaltungswert angesehen werden, stehen für eine neue Qualität rechtsextremistischer Propaganda. Hinzu kommen bürgernahe Freizeitangebote der rechtsextremistischen Szene, die sich gezielt an Jugendliche und Heranwachsende richten.“

Es muss unser gemeinsames Ziel sein, zu verhindern, dass junge Menschen in die rechtsextremistische Szene abrutschen. Die Arbeit in den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, Sport- und Hilfsorganisationen erfordert ein erhebliches Ausmaß an Gemeinsinn, an bürgerschaftlichem Engagement. Toleranz, Verantwortungsgefühl und Respekt vor dem Anderen werden herausgebildet und gestärkt. Diese Organisationen machen Jugendliche stark gegenüber rechtsextremistischen Anfeindungen und leisten damit unschätzbare Dienste für unser demokratisches Gemeinwesen. Gelebte Vorbilder sind Maßstab für die eigene Entwicklung und durch nichts zu ersetzen. Sie machen Kommunen, Städte und Landkreise erst zu „Orten der Vielfalt“. Hervorheben möchte ich die Unterstützung des Deutschen Fußball-Bundes sowie die Bereitschaft von Frau Steffi Jones und Spielern der Fußballnationalmannschaften, als Patinnen und Paten für die Initiative 'Orte der Vielfalt' zur Verfügung zu stehen. Ihr Engagement wird Impuls für das Engagement vieler sein.“

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer erklärt: „Die Kommunen spielen eine ganz entscheidende Rolle. Denn vor Ort, in den Kommunen, Städten und Landkreisen, vollzieht sich der gesellschaftliche und politische Alltag. Hier entscheidet sich, wie erfolgreich wir in der Vermittlung demokratischer Werte sind. Positive Beispiele zeigen, dass lokale Aktionsbündnisse besonders erfolgreich sind, wenn alle demokratischen Akteure ihre Kräfte bündeln, wenn die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den Kommunen zur Chefsache gemacht wird. Wir fordern deshalb alle Kommunen auf, ein Zeichen zu setzen, indem sie eine Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterzeichnen. Darin sind ganz konkrete Handlungsempfehlungen enthalten zur Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion, zur Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort und zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.“

Die über 12.000 Kommunen in Deutschland sind aufgerufen, sich durch die Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie an der Initiative zu beteiligen und somit deutlich sichtbar zur Vielfalt als zentralem Grundwert demokratischen Zusammenlebens zu bekennen. Hat eine Kommune die Erklärung unterzeichnet, wird sie in einer Deutschlandkarte auf der Webseite www.orte-der-vielfalt.de farbig markiert. Besonders engagierte Kommunen, die bereits aktiv sind und über ein nachhaltiges Konzept zur Stärkung von Toleranz und Demokratie verfügen, können sich darüber hinaus um die Auszeichnung (Ortsschild) „Ort der Vielfalt“ bewerben.

Breite Unterstützung erfährt die Initiative durch den Arbeiter-Samariter-Bund e.V., den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., die AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, den Bundesausschuss politische Bildung, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V., die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V., den Deutschen Bundesjugendring, den Deutschen Caritasverband e.V., den Deutschen Feuerwehrverband, den Deutschen Fußball-Bund, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Olympischen Sportbund e.V., den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e.V., das Deutsche Rotes Kreuz e.V., den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund, das Diakonische Werk der EKD e.V., die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, den Malteser Hilfsdienst e.V., den Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.. Mit der gemeinsamen Unterstützungserklärung (www.orte-der-vielfalt.de) setzten diese Organisationen ein klares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Die Initiative „Orte der Vielfalt“ ist eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung. Unter www.orte-der-vielfalt.de können sich interessierte Kommunen durch die Unterzeichnung der Erklärung an der Initiative beteiligen. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, sich als Ort der Vielfalt zu bewerben. Auf der Webseite zur Initiative werden die Orte vorgestellt, die sich an der Initiative beteiligen oder zudem ausgezeichnet wurden.